

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und festlichen Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt für einen Jahrgang (12 Hefen) 120 Pfg. bei Vorzahlung. Der Einzelheftpreis beträgt 10 Pfg. bei Vorzahlung. Die „Freiheit“ ist in allen Buchhandlungen und Postämtern zu beziehen. Redaktion: Berlin SW 6, Schiffbauerdamm 13 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Bestellen Sie die „Freiheit“ durch den Postweg über den Namen 75 Pf. „Mittel Europa“ das Postamt Berlin SW 6, Postfach 20 00. Der Einzelpreis beträgt 10 Pfg. bei Vorzahlung. Der Familien- und Vereinsabonnementspreis (12 Hefen) beträgt 120 Pfg. bei Vorzahlung. Der Einzelheftpreis beträgt 10 Pfg. bei Vorzahlung. Expedition: Berlin SW 6, Schiffbauerdamm 13. Fernsprecher: Amt Norden 2768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Schuldigen heraus!

Die Einsetzung einer Untersuchungskommission beantragt.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten in der preussischen Landesversammlung hat folgenden Antrag eingebracht:

„Die verfassunggebende preussische Landesversammlung wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, sofort eine Untersuchungskommission einzusetzen, die, bestehend aus einer gleichen Anzahl Mitglieder der Landesversammlung und des Berliner Volkstages, die Aufgabe hat, die Vorgänge zu untersuchen, welche sich auf den Straßen Groß-Berlins in den letzten Wochen abgespielt haben und damit im Zusammenhang stehen.“

Dieser Antrag wird am Montag zur Beratung kommen. Allmählich hat die Öffentlichkeit eingesehen, daß die militärische Gewalt Herrschaft über Berlin nicht ein Schuh, sondern eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ist. Wir haben in den letzten Tagen eine ganze Reihe von erschütternden Angaben veröffentlicht, die beweisen, daß ohne jeden Anlaß oder auf geringfügige Vergehen hin Menschen erschossen worden sind. Immer neue Meldungen über ähnliche Fälle gehen uns zu. Auch heute bringen wir wiederum derartige Nachrichten. Weitere Fälle werden wir, nach sorgfältiger Prüfung und nachdem weitere Neuigkeiten bekannt geworden sind, in den nächsten Tagen veröffentlichen. Schon jetzt liegt aber einwandfrei fest, daß eine Untersuchung all der durch den Belagerungszustand und das Standrecht angeduldeten gerechtfertigten Vorwürfe durch eine besondere Untersuchungskommission erfolgen muß, wenn sich nicht Regierung und Landesversammlung dem Vorwurf ausweichen wollen, daß sie den Schreckenstaten wildgewordener Militäristen rubio zusehen.

Die von dem preussischen Ministerium des Innern und der Garde-Kavallerie-Schützen-division erzwungene Verpfeifung der unwahren Nachricht über den Lichtenberger Beamtenmord hat ja selbst einige bürgerliche Blätter veranlaßt, in dieser Frage gegen die Regierung Stellung zu nehmen und sie gegen die „amtlichen“ Lügennachrichten mißtrauisch gemacht. Die „Berliner Volkszeitung“ unterstützt deshalb unsere Forderung nach der Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Bisher hat sich der „Vorwärts“ hierzu noch nicht geäußert. Ob er genau wie im Falle Diebstahl-Luxemburg auch jetzt wieder die Einsetzung einer besonderen Untersuchungskommission befürwortet? Wir können keine Stellungnahme ruhig abwarten. Sie wird wiederum zeigen, ob der „Vorwärts“ es vorzieht der Wahrheit zu dienen oder dienstwilliger Offiziosus der Regierung und der hinter ihr stehenden Garde-Kavallerie-Schützen-division bleiben will.

Der Massenmord in der Französischen Straße.

Von einem Augenzeugen, der der Erschießung der Matrosen in der Französischen Straße beigewohnt hat, wird uns über diesen ungeheuerlichen Vorgang noch folgendes mitgeteilt:

„Die Angehörigen der Volksmarine-division, die sich am 11. März vormittags in die Kaserneverwaltung begaben, hatten mit den Aufständischen nicht das geringste zu tun. Es waren Angehörige derjenigen Abteilungen, die bislang öffentliche Gebäude bewacht hatten und denen nach der Ablösung durch die Reichswehrtruppen freier Abzug gewährt worden war, weil man sie für durchaus zuverlässig hielt.“

Die Matrosen betraten ahnungslos das Gebäude, vor dem Eingang und auch im Hof waren keine Regierungstruppen zu sehen. Erst beim Betreten der Bureauräume traten ihnen bewaffnete Regierungssoldaten entgegen. Diese schrien: Hände hoch! und daraufhin wurden die Mannschaften, die nicht in geschlossenen Trupps, sondern einzeln ankamen, in besondere Zimmer geführt. Unter den Regierungstruppen herrschte ein furchterlicher Geist. Sie drohten jeden einzelnen zu erschießen, der sich nicht ganz still verhielt. Jeder hatte sofort den Eindruck, daß etwas Furchterliches bevorstehe.

Vor dem Eingang zu den Bureauräumen war ein Maschinengewehr aufgestellt, und der Offizier, der die Befehlsgewalt hatte, lagte zu den Truppen, sie sollten jeden, der versuche, sich zu

widersetzen, ohne Gnade niederschießen, es läme gar nicht so genau darauf an, wer dabei getroffen würde.

Es hat aber während der ganzen Zeit sich keiner der Gefangenen widersetzt. Die beiden Zahnmeister, Herr Ligan, der im Oberleutnantenrang stand und mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet war, und Herr Jakubowski, hatten im Bureau Waffen, besaßen aber einen ganz neuen Ausweis der Kommandantur, der sie hinführend legitimierte.

Daß diese beiden Männer, die sich politisch nie betätigten und lediglich Bureauarbeiten verrichteten, mit erschossen worden sind, ist ein ebenso ungeheuerliches Verbrechen, wie die Erschießung der übrigen Marine-Angehörigen.

Die Erschießung selbst war das Schrecklichste, was ich je erlebt habe. Und stand das Blut in den Adern still. Die Gefangenen wurden im Hof in eine Reihe gestellt. Es wurde minutenlang auf sie geschrien und das Schreien und Jammern, das zu uns heraufdrang, war entsetzlich. Selbst einem Feldwebel der Regierungstruppen, der die zurückgelassenen Gefangenen in den Bureauräumen der Kassenverwaltung bewachte, traten die Tränen aus den Augen. Er sagte, daß er an allen Fronten gekämpft und viel Schreckliches erlebt habe, aber zu einer derartigen Dreckarbeit würde er sich nie hergeben. Das sei ja entsetzlich, was man da miterleben müsse.

Vor der Erschießung haben sich die Regierungssoldaten schwere Mißhandlungen an den Gefangenen zuschulden kommen lassen. Einen türkischen Staatsangehörigen, der bei der deutschen Marine seit 11 Jahren diente, hielt man infolge seines dunklen Aussehens für einen Bolschewisten. Ihm wurde mit Kolbenstößen derartig auf die linke Schulter geschlagen, daß er den Arm nicht mehr bewegen konnte.“

Ueber die Matrosenerziehung in der Französischen Straße, wie sie hier geschildert wird, sind uns auch noch von anderer Seite die gleichen Angaben gemacht worden. Die Zeugen sind der Ansicht, daß es sich bei diesem ganzen entsetzlichen Vorgehen um eine Art von Racheakt gegen die Träger der Revolution gehandelt habe. Die amtlichen militärischen Stellen begründeten die Massenerziehung mit der Behauptung, die Matrosen hätten sich bei der Festnahme widersetzt und auf Regierungstruppen geschossen. Unsere Gewährsmänner behaupten, daß sie und auch die nach Moabit abtransportierten Gefangenen jederzeit bekunden können, daß nicht geschossen worden ist. Wir fordern deshalb Aufklärung über diese entsetzliche Tat. Der Offizier, der den Befehl zur Erschießung gegeben hat, muß zur Rechenschaft gezogen werden. Eine unparteiische Kommission muß sich der Opfer annehmen und volle Aufklärung in diese dunkle Angelegenheit bringen.

Deutschland erhält Lebensmittel.

Berlin, 15. März. Die Abkommen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, über deren Finanzierung und über die Zurverfügungstellung der deutschen Handelsflotte, sind nach zweitägigen Verhandlungen in Brüssel heute unterzeichnet worden. Nach den Vereinbarungen über die Lebensmittelieferungen soll Deutschland, sobald die Schiffe bereit sind, in See zu gehen und sobald die Bezahlung geregelt ist, die ersten Lebensmittel in Höhe von 270 000 Tonnen sofort geliefert erhalten. Deutschland hat weiter das Recht, monatlich bis zu 70 000 Tonnen Fett und 300 000 Tonnen Roggengraue oder ihren Gegenwert in anderen menschlichen Nahrungsmitteln zu kaufen und einzuführen, und zwar nicht nur aus Amerika und den Ländern der Entente, sondern auch aus neutralen Staaten.

Mittwochabend in Spanien.

Basel, 15. März. Nach einer Madrider Beobachtung hat der Ministerrat beschlossen, für alle Angehörigen auf Güttern und Besitzern den Mittwochabend einzuführen.

Wahlergebnis in Sachsen-Meiningen.

Meiningen, 15. März. Der neugewählte Landtag des Freistaats Sachsen-Meiningen wird bestehen aus 14 Reichssozialisten, einem Unabhängigen, fünf Bauernbündlern, einem Deutsch-Nationalen und drei Deutsch-Demokraten. Von drei kleinen Ortsgemeinden sieht das Wahlergebnis noch aus, daß in diesen ohne Einfluß auf das Gesamtergebnis

Freiwillige vor!

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Gaensch richtet folgenden Ruf an die akademische Jugend Deutschlands:

Roch einmal ruft das Vaterland seine wehrfähigen jungen Mannschaften. Roch einmal heißt es: Freiwillige vor! ... Die gereifte Jugend ergreift freiwillig die Waffen, weil sie den lurchbaren Geist unserer Tage erkennt und weiß, was die Pflicht der Selbstbehaltung von ihr fordert. Die deutsche Wehrmacht liegt in Trümmern, die Flut des Bolschewismus droht unseren Grenzraum im Osten zu durchbrechen, die Hydra der Anarchie und des Bürgerkrieges erhebt im Innern ihr Haupt. Retze dem Vaterland, deutsche Jugend!

Der ganzen deutschen Jugend aller Stände gilt unser Ruf, auch auf diesem ersten Wege führend voranzugehen. Schulter an Schulter mit Euren Kameraden aus dem Arbeiterstande (!) sollt Ihr jungen Kameraden der Regierung helfen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Gewiß habt Ihr es besonders schwer, auch von der langenbeinigen Arbeit loszureisen. Aber es muß sein. Jetzt, daß Ihr zu Führern berufen seid. Was in Menschennähe nicht und bedrohlicher als gelistet werden kann. Auch dies Opfer zu erdulden, soll gelassen. Keine Kenntnisse und keine Examina können euch nützen, wenn die Stoßordnung sich auflöst, in der Ihr euch betätigen wollt. Blickt nicht auf die, die sich in der gemeinsamen Not bei Seite drücken, blickt auf die, die vorangehen. Treibt ein in die Freiwilligenverbände. Schützt das bedrohte Vaterland, euer Vater, rettet eure eigene Zukunft. Hilt deutsche Jugend!

O. M. „Was geht uns die Regierung an?“ jagt ein stahlhelmter junger Offizier zu einem Arbeiterrat, als dieser ihn anlässlich der Besetzung des Berliner Reichsparlamentes in der Chausseestraße auf das Ungehörliche dieser militärischen „Operation“ hinwies. Diese sechs Worte, die der Marschführer in schönem Selbstbewußtsein und im Vertrauen auf seine Feuerwaffe aussprach, offenbart mehr als alles andere das Geheimnis der gegenwärtigen Situation.

Roch wird mit verdickten Karten gespielt. Raufende Militärmusik zieht durch die Straßen Berlins. Im strammen Gleichschritt marschieren die Hüter der Ordnung in die Zukunft. Inzwischen verrücken auf dem Hofe des Polizeipräsidiums, in den Korridoren des Kriminalgerichts, an irgendeiner Straßenecke, da, wo man sie gerade trifft, die standrechtlich hängenden. Das Leichenhaus erweist sich als zu klein und weist die unbekanntenen Toten ab.

Ein lähmendes Entsetzen ergreift das proletarische Berlin.

Für den Augenblick feiert die schwarze Reaktion Triumphe auf der ganzen Linie. Moskwa weist das Verlangen nach Unterhandlung ab. „Diesmal werden wir ganze Arbeit machen! Wir werden alle niederschlagen!“ Die Presse klafft Beifall. Tendenzlose Lügenmeldungen über angebliche Greuel der Aufständischen stacheln die Regierungstruppen zu immer neuen Meutereien auf. Täglich dreimal dasselbe Geflüster, morgens, mittags und abends. Der unauferbaren Einbildungskraft des „Vorwärts“ bleibt es vorbehalten, selbst die Gefallenen noch zu bescheiden, denen man es von den Gesichtern ablesen könnte, daß sie Spartaisten — für ihn identisch mit Mäubern und Plünderern — seien.

Nie gab es für die Konterrevolution eine günstigere Konjunktur. Die Reaktionsäre fühlen ihre Stunde schlagen; es gilt, den schwer erkämpften Sieg zu nützen. Fanfaren klingen!

Freiwillige vor! In allen Blättern tönt es wieder. Es rauscht im reaktionären Pressewald, von der „Kreuzzeitung“ herab bis zum „Vorwärts“. Freiwillige vor! Nur der „Vorwärts“ scheint nicht zu merken, was im Werden ist.

Ordnung muß sein. Die Reaktion rüstet zu einem großen Schlag. Sie will sie schaffen, ihre Ordnung, sie ist drauf und dran, sich zu restaurieren. Sie will die Fingel, die sie schleifen ließ, die ihr entrissen wurden, wieder in die Hand bekommen, straff anziehen unter demzepter irgend eines der massenhaft entthronten Monarchen.

Nicht Zurückhaltung, nicht übertriebene Schwärzerei, sondern die klare, nüchterne, objektive Einschätzung der Tatsachen löst uns unter dem Eindruck des Berliner Blutbades konstatieren: die Gegenrevolution marschiert! Der wütende Haß des Bürgertums der machtvoll aufstrebenden Arbeiterklasse gegenüber ist keine vorübergehende Erscheinung, ist viel zu tief und gründlich, als daß er sich mit der standrechtlichen Erschießung ein paar hundert Ma-

Beim zurechtgeben. Die Reaktion steht ihre unerbittliche Arbeit methodisch fort, bis sie die lästige Maske fallen lassen und den offenen Kampf proklamieren kann gegen alles, was Sozialismus heißt. Bis dahin: Freiwillige vor!

Nach den Rezepten von 48 und 71 soll dem Proletariat bemessen werden, daß es unterliegt, wenn es magt, nicht mit dem Bürgertum, sondern gegen dasselbe zu kämpfen. Die damaligen Niederlagen sind geschichtlich begründet; sie waren ökonomische Notwendigkeiten. Aber das Proletariat hat aus seinen Niederlagen gelernt und daraus die Kraft der Erfahrung geschöpft.

Diese Kräfte sind lebendig und sichern den Erfolg. Selbst das entsetzliche Blutbad vermochte den Sturz des Kapitalismus nicht mehr zu hemmen; er ist inzwischen sturmreif gemordet. Nicht wir, sondern die Weltgeschichte hat den Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt. Und schwere Minen und Granaten vermöchten ihn ebensowenig davon zu streichen, als man mit Maschinengewehren und sämtlichen Handfeuerwaffen die Lösung dieses gigantischen Problems erzwingen könnte.

Die bleichen Lippen der in diesen Tagen Hülftierten reden eine warnende Sprache. Mit jedem sinkt ein Kämpfer für die Zukunft ins Grab, mit jedem der aus dem Wege geräumt wird die Bourgeoisie um einen Schritt weiter vor. Mit jedem blutigen Gemetzel kommt sie ihrem Ziele, der Aufrichtung der reaktionären Herrschaft in einem Arbeiterblutbade näher. Das darf nicht sein!

Und die Regierung? Was geht uns die Regierung an! rufen wir mit jenem kampfbereiten Feldjüngling. Wir wissen es ebensogut wie er, daß ihr keine andere Wahl bleibt: entweder die Segel zu streichen vor den Rebellen von rechts, oder sich dem Machtpruch des auf seine lebendigen Kräfte pochenden Proletariats zu beugen.

Freiwillige vor! ruft die stürmende Reaktion. Sie erkennt und nützt die Situation. Sie kämpft um die Macht, wir für das Recht.

Der Sieg ist unser. Ihr Kampf ist Klassenkampf, Parteisache. Unser Kampf wächst über den Rahmen der Partei hinaus, wird Menschheitsfrage. Darin liegt die Gewißheit des Sieges, und das ist unsere Rechtfertigung vor der Geschichte.

Planlose Gewalttätigkeiten, Aufstände von Minderheiten, vereinzelte und zerplitterte Aktionen sind zweck- und sinnlos; sie schwächen das Proletariat, berauben es der Widerstandskraft und stärken die Gegner. Das Proletariat muß seine Kraft zur organisierten, einheitlichen Massenaktion sammeln. Dann wird es unüberwindlich sein.

Vorzeitige Schließung der Hochschulen.

Die bürgerliche Presse meldet: Das eingelezte Zwischensemester für Kriegsteilnehmer, das bis zur Mitte des April laufen sollte, wird an allen preussischen Hochschulen bereits Ende März geschlossen. Diese Verfügung des Kultusministeriums geht auf eine Anregung des Reichswehrministers Roske zurück, der seinerseits, wie wir hören, von sozialistischen Studierenden dazu angezogen wurde. Sie hat ihre unmittelbare Veranlassung in dem Wunsch der Regierung, den Studierenden die Möglichkeit zu geben, sich zum Schutze des Vaterlandes den freiwilligen Verbänden anzuschließen. Ein Aufruf des Kultusministers Daculich wird in allen nächsten Tagen die akademische Jugend auffordern, Schulter an Schulter mit den anderen Freiwilligen sich in die Reihen der vaterländischen Schutzwache zu stellen.

Dazu wird von akademischer Seite geschrieben: Es ist unklar, daß sozialistische Studenten die Anregung zu diesen Maßnahmen gegeben haben. Von der heftigen sozialistischen Studentenpartei ist jedenfalls diese Anregung nicht ausgegangen.

Sehr traurig ist es, daß der sozialistische Kultusminister Daculich als getreuer Vasall des Oberfeldherrn Roske die Mobilisierung der Studentenschaft organisieren will. Es ist selbstverständlich, daß Nationalismus und reaktionäre Gesinnung durch diese Politik des Kultusministeriums in der Studentenschaft noch gefördert werden, falls dies überhaupt noch möglich ist.

Was endlich die frühe Schließung des Jahressemesters angeht, so ist es eigentlich nur eine Verlängerung der seit 8 Tagen ununterbrochen verhängten Schließung der Hochschulen Berlin zugunsten der Herren Freiwilligen. Es ist ein Standal, daß dieses Zwischensemester für Kriegsteilnehmer, für die Masse der Hörer ergebnislos bleibt. Tut nichts, Spartacus muß bekämpft werden, und die bürgerliche Jugend, besonders Korpsstudenten und verwandte Kreise, sind die besten Stützen der sozialistischen Regierung. Das hätten sich weder demoske Häupter, noch halbe Herren je träumen lassen.

Um die preussische Verfassung.

Wie im Reich, soll auch Preußen zunächst eine Notverfassung erhalten. Der von der provisorischen Regierung vorgelegte Entwurf des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen lehnt sich dem in Weimar für das Reich angenommenen eng an und besteht nur aus acht Paragraphen. Es bestand anfänglich die Absicht, den vorgelegten Entwurf getreu in allen drei Lesungen durchzuberaten und zu verabschieden. Diese Absicht ließ sich aber, wie sich im Laufe der Beratungen ergab, nicht so glatt durchführen, wie das die Mehrheitssozialisten wollten. Und so wurde schließlich ein Ausschuß eingesetzt, um wenigstens die wichtigsten Bedenken zu betonen. Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten wollen den vorgelegten Entwurf so schnell wie möglich zum Gesetz machen und erst später bei Beratung der endgültigen Verfassung das fehlende nachholen. Die Deutschnationalen und auch die Deutsche Volkspartei wollen verbindlich festsetzen, daß das Wort „Republik“ in die Verfassung aufgenommen wird, wobei sie sehr deutlich ihre monarchische Auffassung zum Ausdruck brachten und mit Wehrmut der wilhelminischen Epoche gedachten, so daß Herr Weilmann von den Mehrheitssozialisten willkommene Gelegenheit fand, den Vertretern des alten Preußens ihr Sündenregister vorzuhalten. Besonders empört sind die Herrschaften über das Verordnungsrecht der Regierung, das ein neues Gemeindegewalt und in den letzten Tagen die Verordnung über die Fideikommissverträge hat. Auch die Demokraten wollen, nachdem das Parlament zusammengetreten, von dem Verordnungsrecht nichts mehr wissen. Bemerkenswert ist, daß die

Konstitutionsrat und auch die deutschen Volkspartei einen preussischen Staatspräsidenten erstreben, der aus Volksabstimmung hervorgehen soll. Wie demokratisch die Herrschaften doch geworden sind. Wollen sie so den Platz für Wilhelm freihalten?

Genosse Dr. Rosenfeld letzte demagogisch dar, daß Verfassungsfragen nachfragen sind. Das Parlament ist nur der Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse.

Dann ging unser Redner über, auf Grund der Beschlüsse des Parteitag die Bedeutung des Räte-systems für die revolutionäre Arbeiterschaft darzulegen und auf die Rolle hinzuweisen, die die Kratierung der Arbeiterräte ausweise. Letztere werden sich durchsetzen, komme, was da wolle. Als Mindestforderung müssen wir die Räte in der Verfassung verankern. Rosenfeld begründete diesbezügliche Anträge unserer Fraktion.

Auch das Recht des Parlaments, Untersuchungskommissionen einzusetzen mit allen Vollmachten, muß in der Verfassung seinen Ausdruck finden. Die Unverletzlichkeit der Abgeordneten muß tiefer gestellt werden. Aufgenommen müsse auch die Bestimmung werden, wonach die Mitglieder des Hauses Hohenzollern für alle Zeiten abgesetzt werden, und die Familienmitglieder des Hauses sollen als Eigentum der preussischen Republik erklärt werden.

Die Rechtssozialisten hatten kein Wort über die Arbeiterräte zu sagen; für sie scheinen diese Räte erledigt zu sein.

Rum Schluß der Sitzung schlug der Präsident vor, die nächste Sitzung auf Dienstag festzusetzen und am Montag die Verfassungskommission zu berufen. Dem widersprach Genosse Adolf Hoffmann, der die Fortsetzung der Debatte über den Belagerungszustand am Montag verlangte. Bei der Abstimmung, bei der sich die Mehrheitssozialisten nur abgernd erhoben, wurde der Antrag schließlich angenommen.

Neuer Streik im Ruhrrevier.

Bochum, 16. März. (A. U.) Nachdem vor einigen Tagen zwischen den Hebertagearbeitern und den Bekehrverbänden Verhandlungen über Lohnforderungen stattgefunden haben, die aber ergebnislos verliefen, sind heute mittag 11 Uhr die Metallarbeiter, Maschinisten und Gelezer der gesamten Bekehranlagen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hüttengesellschaft in den Umstand getreten.

Durch diesen Streik wird eine große Anzahl von Pöhlen in Mitleidenschaft gezogen, da zur deutsch-luxemburgischen Gesellschaft die Werke „Prinzregent“ gehört, auf der sich eine Kraftzentrale befindet, von der aus 17 Pöhlen des Ruhrkohlenreviers, das große Glüttenwerk „Dortmunder Union“ und die Bochum-Wellenlöhnerer Straßenbahn ihren elektrischen Strom beziehen. Da eine Stilllegung des Betriebes erfolgt ist, müssen auch diese Werke alle unfreiwillig feiern! In Bochum hat die Straßenbahn bereits ihren Betrieb eingestellt.

Die neue österreichische Regierung.

Die österreichische Sozialdemokratie hat bei den Wahlen einen großen Sieg errungen, der im Gegensatz zu Deutschland ihre politische Macht noch über das Maß hinaus gesteigert hat, das der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung entsprochen hätte. Nunmehr ist die neue Regierung gebildet worden, die nach den Wiener Meldungen folgende Zusammensetzung aufweist:

Staatskanzler Dr. Renner, Vizekanzler Jodol Fink, Staatssekretär für Justiz Wranitzsch, Staatssekretär für Finanzen Schumpeter, Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft Siedel, Staatssekretär für Handel, Gewerbe und Industrie Johann Ferdl, Unterstaatssekretär für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Ellenbogen, Staatssekretär für Deereswesen Dr. Julius Deutsch, Unterstaatssekretär für Deereswesen Wolf, Staatssekretär für soziale Verwaltung Hannusch, Staatssekretär für Sozialversicherung Dr. Otto Bauer, der gleichzeitig vorläufig das Portefeuille für Keukeres beibehält, Staatssekretär für Volksernährung Dr. Löwenfeld-Ruß, Staatssekretär für Verkehrswesen Dr. Ludwig Paul.

Es ist recht interessant, das Vorgehen der österreichischen Sozialdemokratie, das zu dieser Regierungsbildung geführt hat, zu verfolgen. Die Partei hat ja gleichfalls keine Majorität in der Nationalversammlung. Deshalb fiel es ihr noch lange nicht ein, sich mit möglichst vielen bürgerlichen Parteien zu koalieren. Sie stellte vielmehr zuerst ein klar umrissenes Aktionsprogramm auf, das durchweg sozialistischen Charakter hat und vor allem die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung in den Vordergrund stellt. Die Annahme dieses Aktionsprogrammes war für die Partei die Vorbedingung ihrer Teilnahme an der Regierung. Sie suchte auch nicht den Bund mit allen möglichen bürgerlichen und agrarischen Vertretern, sondern sie suchte vor allem die Bauernvertreter zur Majoritätsbildung heranzuziehen.

Das scheint ihr, wie die Ministerliste erkennen läßt, gelungen zu sein. Die Christlichsozialen Fink und Siedel sind Bauernvertreter. Die Sozialdemokraten haben sich die wichtigsten Ressorts vorbehalten. Neben dem Ministerpräsidenten insbesondere auch das Kriegsministerium. Das Finanzministerium ist mit Prof. Schumpeter, dem Mitglied der deutschen Sozialisierungskommission, besetzt worden, einzelne Fachministerien mit Beamten. Die Sozialdemokraten haben aber auch ein eigenes Ministerium für Sozialisierung geschaffen und der Name Otto Bauers bürgt dafür, daß da energische und gute Arbeit geschaffen wird. In der Tat hat ja auch die Nationalversammlung sofort nach dem Zusammentreten das Sozialisierungsgezet angenommen.

Der Vergleich mit dem Vorgehen der rechtssozialistischen Führer in Deutschland ist naheliegend, braucht aber wohl nicht erst des längern ausgeführt werden.

Die Annahme des Sozialisierungsgesetzes.

Wien, 14. März. Die Nationalversammlung hat nach kurzer Aussprache die Vorlagen über die Volksversicherung und die Staatsregierung, sowie den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Sozialisierung angenommen. Nach letzterem soll mit der Vorbereitung der Gesetzentwürfe über die Enteignung hierzu geeigneter Wirtschaftsbetriebe zugunsten

des Staates, der Länder oder der Gemeinden, über die Verleihung dazu geeigneter Wirtschaftsbetriebe zu Genossenschaften des öffentlichen Rechts und über die Verziehung der Angestellten und Arbeiter in der Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe, in denen sie beschäftigt sind, die Staatskommission für Sozialisierung betraut werden, der außer Vertretern der beteiligten Staatsämter und öffentlich rechtlichen Körperschaften auch Sachverständige aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Unternehmer angehören.

Bei der Aussprache wies Friedrich Adler (Sozialdemokrat) auf die Tragweite des Gesetzentwurfes und auf die Annahme einer ähnlichen Vorlage in der deutschen Nationalversammlung hin.

Der Völkerbundkongreß.

Wien, 14. März. Der Schluß der internationalen Völkerbundkonferenz war erzieherischen Fragen im Zusammenhang mit dem Thema Pressefreiheit gewidmet. Die Schweizer Trosch und Schull verlangten die Schaffung eines internationalen Instituts für Volkserziehung. Goldstein (Deutschland) referierte über Schaffung eines internationalen Sekretariats, das die Aufgabe haben soll, die in den einzelnen Ländern auf dem Gebiete der Erziehung zum Internationalismus gesammelten Erfahrungen zu bündeln. Frau Perle (Deutschland) verlangt obligatorischen politischen Unterricht verbunden mit Moralunterricht in den Schulen.

Zur Pressefreiheit forderte Prof. Schönbogen (Oesterreich) Schaffung einer internationalen Zentralstelle für die politische Presse. Die Berühmtheitspresse müsse zur Verantwortung gezogen werden. Es handele sich nicht um Unterdrückung der Pressefreiheit, es solle aber die Presse, die der Volksverhöhnung diene, gestraft werden. H. v. Gerlach (Deutschland) erklärte, Vergehen in der Presse dürften nur mit geistigen Waffen bekämpft werden, nicht mit den Strafgesetzen. Professor Nicolai erhebt unter wachsender Unruhe der deutschen Teilnehmer die stärksten Vorwürfe gegen die deutsche Presse. René Schödele (Schweiz) will, daß die Presse nicht Objekt, sondern Subjekt der öffentlichen Meinung sei. Mit den Strafgesetzen sei nichts zu erreichen, daher sei die vorliegende Resolution zu verwerfen. Der Antrag Schödele wird mit 16 gegen 9 Stimmen angenommen.

Ein neues Zuchthausgezet?

Ohne jede sichtlich Veranlassung erläßt der Reichswehrminister Roske folgende Verordnung:

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand wird folgendes verordnet:

Wer einem in Ausübung seines Dienstes befindlichen Angestellten einer Straßenbahn durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet oder einen solchen während der Ausübung seines Dienstes tätlich angreift, oder es unternimmt, einen Angestellten einer Straßenbahn durch Gewalt oder Drohung zur Vornahme oder zur Unterlassung einer Diensthandlung zu nötigen, wird, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß jede Beschädigung der Wagen, der Gleise, der Leitungen, der Bahnhöfe und sonstigen Eigentums der Straßenbahnen auf Grund der maßgebenden Gesetze auf das Schärfste geahndet werden wird.

Obwohl gegenwärtig die Straßenbahnen durch nichts anderes an der Aufnahme des vollen Betriebes gehindert sind, als durch die Abperrungen von ganzen Stadtteilen durch die Regierungstruppen, und niemand daran denkt, ihren Betrieb gewalttätig zu stören, erläßt Roske diese Anordnung. Was sie bezwecken soll, ist nicht ganz klar; anscheinend soll zukünftigen Streiks der Straßenbahner ein Niegel vorgezogen werden. Auf jeden Fall ist sie eine neue unerhörte Provokation der Arbeiterschaft, der Versuch der Einschränkung des Streikrechts, gegen den die gesamte Arbeiterschaft protestieren muß.

Gegen die offiziöse Stimmungsmache.

Noch hat sich, so schreibt die „Berl. Volkstg.“, die öffentliche Meinung über die unverantwortliche, maßlose Uebertreibung der Dichtenberger Vorgänge durch die verschiedensten offiziellen Nachrichtenstellen nicht beruhigt. Noch ist die Forderung nach einer restlosen Aufspürung der Quellen der Lärmenmeldungen nicht erfüllt, und schon wieder tauchen Berichte auf, die den Stempel der Unwahrheit an der Stirn tragen. Von offiziöser Stelle ist vor zwei Tagen die Kreuznachricht über die Verflümmelung dreier Angehöriger der Brigade Reinhard verbreitet worden. Die meisten Berliner Blätter druckten diese Meldung ab. Die „Volkstg.“ überantwortete diese Nachricht verbinterntem dem Papierkorb. Das Dichtenberger Beispiel hätte sie mißtrauisch gegen derartige unbewiesene Nachrichten gemacht, die, wie sie sich ausdrückt, in ihrer Verzerrung nur danach angehen, die allgemeine Verwirrung zu verstärken.

Die von uns vorgenommene Untersuchung des Falles bestätigt die „Volkstg.“ in der Richtigkeit der von ihr eingeleiteten ablehnenden Stellungnahme. Sie veröffentlicht die Ergebnisse unserer Untersuchung und fährt dann fort:

„Hier muß schleunigst Romsbur geschaffen werden, wenn sich nicht ein berechtigtes Mißtrauen gegen alle amtlichen Veröffentlichungen über die Berliner Vorgänge verbreiten soll. Erfundene Morde und Schredenslügen vergiften die öffentliche Meinung.“

Ein verhängnisvoller Befehl.

Seit der Verhängung des Standrechts sind in Berlin eine ganze Anzahl von Personen erschossen worden, die nicht gegen Regierungstruppen gekämpft haben. Man hat bei ihnen lediglich Waffen vorgefunden. Die Erschießung dieser Leute ließ sich nach dem Befehl des Herrn Roske in keiner Weise rechtfertigen. Was veranlaßte also die Truppen zu diesem ungeheuerlichen Vorgehen? Ein Angehöriger der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gibt darüber Aufklärung. Er berichtet uns folgendes:

Bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division existiert außer dem bekannten Roske-Erlaß, der die Erschießung derjenigen Leute anordnet, die mit der Waffe in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfen, noch ein zweiter Befehl der Division. Dieser besagt, daß Leute, in deren Wohnungen Waffen gefunden werden, sofort zu erschließen sind. Dieses fürchterliche Verfahren ist von den Truppenteilen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division wiederholt angewendet worden. So wurden z. B.

Die Ketter Berlins.

am 13. März nachmittags, auf dem Hofe des Ostbahnhofes, von Mannschaften der 2. Freiwilligen-Abteilung des Kaiser-Regiments 8, drei Männer erschossen, lediglich auf Grund der Tatsache, daß man in ihren Wohnungen Waffen gefunden hatte. Der Erschießung ging eine kurze, standrechtliche Verhandlung voraus.

Dieser zweite Divisionsbefehl wurde bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Abteilung bereits wenige Stunden nach der Veröffentlichung des Kaiser-Erlasses bekanntgegeben. Die Truppe, die zum großen Teil aus Offizieren und Aspiranten besteht, nahm den Befehl mit allgemeiner Befriedigung auf. In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch, wurde auf der Oberbaumbrücke ein Mann wegen mir unbekannter Handlungen erschossen und von den Mannschaften der obengenannten Formation unter den robusten Wigen (Du Was, mach dir doch nicht so steif) in die Spree geworfen.

Der Zeuge, der aus bürgerlichen Kreisen stammt, ist bereit, durch Eid zu bekunden, daß der obengenannte Divisionsbefehl den Angehörigen der Garde-Kavallerie-Schützen-Abteilung bekanntgegeben worden ist. Es ist also erwiesen, daß die Offizierskammerilla auf eigene Faust Befehle erläßt und nach ihrem Gutmühen durchführt. Viele Menschenleben sind auf Grund dieses fürchterlichen Befehls getötet worden. Es waren Unschuldige. Wir verlangen daher, daß die Division wegen dieses Befehls zur Rechenschaft gezogen wird.

Das Standrecht.

Wir haben zu wiederholten Malen berichtet, daß auf Grund des Standrechts in Berlin Leute erschossen worden sind, in deren Häusern man bei der Durchsuchung Waffen gefunden hat, ohne daß nachgewiesen werden konnte, daß die Leute damit auf Regierungstruppen geschossen haben. Dies wird jetzt auch durch eine Zuschrift bestätigt, die der Rechtsanwalt Wittner im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht. Darin heißt es:

„Heute abend gegen 6 Uhr hörte ich, daß im Hause Holzmarktstraße 61 ein Mann namens Abrahamson auf Befehl eines Offiziers erschossen worden sei, weil er den Besitz von Waffen verheimlicht habe. Ich versuchte, nähere Bestimmungen zu machen, weil ich eine Ueberschreitung der Befugnisse vermutete, und erfuhr, daß es sich um einen Mann von über 60 Jahren handelt, der erst kurz vorher von einer Krankheit genesen sei; er habe den Besitz von Waffen gelehrt; als darauf trotzdem Waffen und Munition in seiner Wohnung oder einem dazu gehörigen Räume gefunden worden seien, sei der Mann auf Befehl des Offiziers im Hofe erschossen worden. Dies wurde mir von Hausbewohnern erzählt, die noch hinzufügten, daß der Mann sich keineswegs gewehrt habe.“

Herr Wittner ist bei dem Gespräch, das er zur Feststellung des Tatbestandes mit den Bewohnern des betreffenden Hauses führte, verhofft worden, „weil er die Leute aufhebe.“ Das „Tageblatt“ zweifelt trotz des mitgeteilten Tatbestandes daran, daß derartige Erschießungen vorgenommen worden sind. Nun, sie sind tatsächlich erfolgt. Und zwar auf Grund des Befehls der Garde-Kavallerie-Schützen-Abteilung, die sich erlaubt hat, den Kaiser-Erlaß in ihrem Sinne zu ergänzen.

Die Regierungstruppen.

Im Bestartikel seiner gestrigen Morgennummer versucht der „Vorwärts“ die Regierungstruppen zu verteidigen. Er schreibt:

„Es wäre natürlich Unsin, leugnen zu wollen, daß auch auf der Seite der Regierungstruppen Dinge vorgekommen sind, die jeden klüg Denkenden mit tiefstem Abstoßen und Entrüstung erfüllen müssen. Sie haben in mehreren Fällen Vereins- und Versammlungsbefehl verweigert, und die Verantwortlichen müssen deshalb schonungslos bestraft werden. Aber es ist falsch und ungerath, sich rückhaltlos die radikalsten, blutrünstigen Phrasen zur Verächtlichmachung der Regierungstruppen zu eigen zu machen.“

Das Schlimmste also, was der „Vorwärts“ den Regierungstruppen vorwerfen hat, ist, daß sie das Vereins- und Versammlungsbefehl verweigert haben. Welch harmloses Verbrechen! Matrosen, die sich ihre Wohnung holen, Zahlmeister, die sie ausgehen wollen, werden ermordet. Zwei Männer, die Stiele von Handgranaten in der Wohnung haben, werden erschossen. Andere auf Denunziation überliefertes Hausbewohner hin aus den Betten geholt und ohne Prüfung erschossen. Alle diese Fälle sind durch Zeugen bestätigt und erwiesen. Aber das ist für den „Vorwärts“ gegenüber der Strömung von Versammlungen unbedeutend.

Auch wir sind weit entfernt davon, jeden einzelnen Soldaten, der bei den Regierungstruppen kämpft, für einen Verbrecher zu halten, der mordet, weil er Mollat darüber empfindet. Als Sozialdemokraten wissen wir viel zu gut, daß das nicht der Fall ist. Aber wir wissen, daß durch die blutrünstige Propaganda, durch die Auspeitschung aller Leidenschaften, durch die Verbreitung von Lügenmeldungen über die Unmenslichkeit der Spontankisten und nicht zuletzt durch die von der Regierung erfundenen und verbreiteten Gewaltnachrichten von dem Nichtenberger Beamtenmord, die Truppen in eine Stimmung versetzt worden sind, in der sie unzurechnungsfähig, Schandtatzen begehen, die die vernünftigen unter ihnen gewiß selbst bewauern. Hinzu kommt, daß sie durch vier Jahre des Krieges mit allen Mitteln der militärischen Erziehung zu ihrem unmenschlichen Handwerk erzogen sind.

Und nun werden diese durch Krieg und Verheerung irregulierten Soldaten noch offiziell zu Mord und Totschlag angezogen. Der Standrechtserlaß verbietet ihnen geradezu, das Leben ihrer Gefangenen zu schonen; sie werden geradezu aufgefordert, wehrlose Menschen wiederzugewöhnen. Solche grausamen Befehle sind nicht einmal im Kriegsrecht gegeben, wenigstens nicht offiziell.

Etwas also die im Krieg bewilderten Soldaten zurückzuführen und zu beruhigen, mußte sie noch auf und gibt dann in die Hand dieser aufgeregten und aufgeregten Soldaten das Leben der Berliner Bevölkerung.

Es ist daher doppelte Pflicht der Presse, die Miß- und Uebergriffe, die Grausamkeiten und Untaten der Kettersoldaten aus Licht zu ziehen. Der „Vorwärts“ ist durchaus im Unrecht, wenn er glaubt, darüber schweigen zu dürfen. Wer Verbrechen vertuscht, macht sich mitschuldig. Erst am Sonnabend abend, also nachdem die bürgerliche Presse bereits gegen die willkürlichen Erschießungen protestiert hatte, steht er sich bereit, seinen Lesern von zwei der vielen Fälle Kenntnis zu geben.

Wie das nach Herrn Justizminister Seines Worten auf einem Mißverständnis beruhende Standrecht in Berlin von den Kettersoldaten ausgeübt wird, davon haben wohl weder Herr Koske, noch Herr Seine eine Ahnung. Ja, wir müssen gestehen, daß wir selbst nicht geglaubt hätten, daß dieses blinde Wüten der Regierungstruppen einen so großen Umfang angenommen hat, wie es in Wirklichkeit der Fall ist. Unsere Redaktion wird andauernd bestürmt von Besuchern, die darüber zum Teil geradezu erschreckende Mitteilungen machen. Manche der berichteten Vorfälle klingen unglaublich, erweisen sich aber, sobald wir dieselben näher untersuchen lassen, als durchaus wahr. Man kann es nicht für möglich halten, daß eine Regierung damit einverstanden sein kann, daß ihre Truppen in einer derartigen Weise auf die Menschheit losgehen. Es kann sich nur darum handeln, daß sich innerhalb der Freikorps Elemente, und zwar in nicht geringer Zahl, befinden, die durch den Krieg gänzlich verrotzt sind, und die nicht anders als im Blutaußbruch leben können. Mit aller Dringlichkeit muß deshalb von neuem gefordert werden, daß das Standrecht sofort beseitigt wird, und außerdem die Regierungstruppen, die mehr Unruhe als Ordnung in Berlin geschaffen haben, zurückgezogen werden. Geschichte das nicht, dann muß man annehmen, daß nicht die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die Aufgabe dieser Truppen ist, sondern daß mit ihrer Hilfe die gegenrevolutionären Kräfte ihre alten verlorenen Rechtspositionen wieder ausrichten wollen.

Wir lassen nun hier wieder eine Reihe der Schilderungen folgen, die ein Bild geben von den Grausamkeiten, durch die sich die Regierungstruppen in Berlin auszeichnen haben.

Ein Augenzeuge erzählt, daß er am Mittwoch die von Regierungstruppen besetzt gehaltene, für Fußgänger gesperrte Oberbaumbrücke passieren wollte, aber mit den Worten: „Durch, marsch, marsch!“ abgewiesen wurde. In demselben Augenblick knallten auch schon einige Flintenschüsse, und ein in der Nähe stehender alter Mann sank getroffen zu Boden. Der Zeuge rettete sich in ein nahegelegenes Restaurant. Dort erfuhr er gleich darauf ein Unteroffizier, der in barockem Tone erklärte: „Wer noch einmal seinen Kopf aus der Tür herausstreckt, wird sofort erschossen; es ist Belagerungsstand, und ich habe es jetzt bald mit euch Sippich!“ Als einer der Wächter nur äußerte: „Nanu“, da nahm der Held das Gewehr in die Hand und schrie: „Wer spricht da noch?“ und drohte zu schießen.

Ein anderer Augenzeuge teilt uns mit, daß am Mittwoch vormittag am Markgrafendamm an der Stralauer Allee ein Trupp von sechs Soldaten, der dort die Straße absperrt hatte, nach Abgeben einiger Minder Schüsse auch einige scharfe Schüsse abgab, wodurch die Tochter eines Kollereibesizers und ein achtfähriges Kind getötet und außerdem vier Personen verwundet wurden. Der darauf zur Rede gestellte Offizier, der den Trupp befehligte, erwiderte, daß es Befehl sei; wenn es heißt: „Straße frei!“, so habe keiner das Recht, sich auf der Straße sehen zu lassen.

Von anderer Seite wird uns folgender Vorgang mitgeteilt: Am Donnerstag abend gegen 10 Uhr kamen sechs Regierungssoldaten (darunter drei Offiziere und drei Mann) mit zwei Männern vor sich bergend, von der Schönhauser Allee in die Gantianstraße ziehend. Am Durchgang bei dem Gerüstschuppen angelangt, befahlen sie den beiden, diesen Gang zu gehen. Nach ungefähr fünfzig Schritten riefen sie den Männern zu, stehen zu bleiben. Der eine von ihnen sagte noch mit lauter Stimme: „Was wollen Sie denn von uns, wir haben doch nichts“ und streckte beide Arme nach sich. Währenddem hatten sich die „Unerbittlichen“ in einem Halbkreis aufgestellt und der noch eben Sprechende sank von sechs Kugeln getroffen zu Boden. In seiner Todesangst ließ man der andere davon, brach aber ebenfalls nach kurzem Lauf getroffen zusammen. Nachdem sie sich überzeugt hatten, ob die „Verurteilten“ auch wirklich tot sind, entfernten sich die „Vollstrecken“ unbekümmert um die Leiden. Einer von ihnen äußerte noch im Weggehen: „Donnerstag, ich habe aber gleich losgebrückt!“ — Den ganzen Vorgang hatte ein unfreiwilliger Zeuge unbemerkt aus nächster Nähe mit angesehen. Er und ein des Weges kommender Anteroffizier nahmen sich der Leichen an und brachten sie nach der Unfallstation in der Gantianstraße. Als sie am anderen Morgen zur Protokollaufnahme auf der Polizeiwache erschienen, wurde ihnen gesagt, sie könnten wieder gehen, denn die Erschossenen seien als Spontankisten erkannt und standrechtlich erschossen worden. Auffällig ist, daß bei den Erschossenen keinerlei Wundspuren mehr vorgefunden wurden. Der eine war ein großer, kräftiger, blonder Mann von etwa 40 Jahren, mit starkem Schnurrbart; er trug schwarzes Paletot und ebensolchen Hut. Der andere war von mittlerer Figur, hatte dunkles Haar und kleinen Schnurrbart; er war etwa 35 Jahre alt; blasser war er mit einem grauen Paletot. Bei der Schächerlei wurde auch noch eine Frau von einem verirrten Geschöß durch Beinschuß schwer verletzt.

Aus Weiskens wird uns mitgeteilt, daß auf einem Gelände, das die Berliner Kartoffelweiden enthält, scharfe Schüsse zum Versuchen von Kartoffelweiden abgegeben wurden, obwohl Schredschüsse auch genügt hätten. Dabei wurde ein unbeteiligter Mann, der dort zufällig vorüberging, schwer verletzt. Da fortwährend gefeuert wurde, war es nicht möglich, dem Verwundeten Hilfe zu leisten. Als später die Feuerwehr kam, um ihn abzuholen, war der Mann verblutet.

Im Zusammenhang mit der an anderer Stelle unseres Blattes nochmals geschilderten Ermordung der Matrosen steht die folgende Zuschrift: Der Sohn eines Steglitzer Hauswirts, der der Volksmarine-Division angehört, ging am 11. März, also an dem Tage, wo die Matrosenerschießungen stattfanden, zur Französischen Straße, um sich dort seine Wohnung abzuholen. Er kam jedoch nicht wieder nach Hause. Die Eltern fanden ihren Sohn als Leiche im Leichenschauhaus wieder. Ein Nervenarzt hatte das Herz untersucht. Nach Angabe der Eltern ist ihr Sohn in Zivil in die Französischen Straße gegangen. Woffer ober Militärspiere führte er nicht bei sich. Er hatte nur einen Anmeldebogen, der von der Ortspolizeibehörde ausgestellt war und einen Ausweis, ausgefertigt von den Reinhardttruppen, der ihn berechtigte, die Postkette zu passieren. Jetzt ist die Frage aufzuwerfen: Ist der hier Genannte in der Französischen Straße erschossen worden oder als Gefangener in Moorstraße? Nach Angabe der Eltern hat sein Sohn an den Kämpfen absolut nicht beteiligt.

Außer diesen ausführlicher wiedergegebenen Fällen liegen uns noch viele andere Darstellungen vor, die nicht

minder charakteristisch sind für das Auftreten der Regierungstruppen. Sie alle anzuführen, würde unser Raum nicht gestatten. Allgemein wird über das schroffe Benehmen der Soldaten geklagt; wer nur ein Wort der Widerrede zu sprechen versucht oder nicht ganz schnell einem Anruf oder Befehl Folge leistet, steht sich der Gefahr des unmittelbaren Erschießens oder Mißhandlungen aus. Die Soldaten, und besonders die Offiziere, sind sich ihrer Macht bewußt. Sie fühlen sich wieder sicher im Sattel. Von einem Teil des Bürgertums, das die Regierungstruppen als „Freier“ begrüßt, wird dieses Selbstbewußtsein noch genährt. Man bewirft von dieser Seite die Truppen reichlich, bekränzt sie mit Blumen und Liebesgütern mit ihnen. Dafür werden diese Herrschaften denn auch meistens von Hausbesuchungen verschont, und es kann ihnen dann auch nicht passieren, daß ihnen Gegenstände abhanden kommen. Wie dies in mehreren Fällen und gegenüber von Deuten beklagt wurde, bei denen gehäusucht worden ist.

Jagd auf rote Kolardeu.

Von einem Unteroffizier, der vier Jahre im Felde gewesen ist, wird uns folgender Vorfall gemeldet:

„Am Donnerstag kam zwischen Bernauer- und Oberberger Straße einer der dort stehenden Regierungssoldaten auf mich zu, hielt mir den Revolver auf die Brust und forderte mich auf, die rote Kolarde abzuziehen. Ich antwortete ihm darauf, daß diese doch niemandem etwas getan habe, sie sei doch schließlich das Zeichen unserer sozialistischen Anschauung. Er ließ sich aber auf kein Reden ein, entscherte den Revolver und forderte mich zum letzten Male auf, die Kolarde von der Wäsche zu nehmen. Es blieb mir gegenüber der Gewalt nichts anderes übrig, als die Kolarde herunterzunehmen. Es sammelten sich um mich mehrere Menschen an, die mir beistehen wollten. Diese wurden aber durch Soldaten mit der Drohung zum Schließen auseinandergetrieben.“

Die Jagd auf rote Kolardeu wird auch in anderen Stadtteilen unternommen. Teilweise sind ganze Strohtruppen auf die Weine gebracht worden, um nach roten Kolardeu zu fahnden. Auch diese Vorgänge beweisen uns, daß es den Regierungstruppen in der Hauptsache darauf ankommt, die Ergründungen der Revolution und was damit irgendwie im Zusammenhang steht, mit Stumpf und Stiel auszuröten.

Eine Verleumdung.

Der bisherige Kommandeur des Franzer-Regiments, Herr Splero, hat seinen Posten niedergelegt, weil er der dauernden Gehe, die gegen ihn unternommen worden ist, nicht mehr standhalten konnte. Die bürgerliche Presse nimmt das zum Anlaß zu behaupten, er sei abgesetzt worden, weil er verhaftet habe, die Franzer in das „aufständische Lager“ zu bringen. Auch eine Reihe von anderen Verleumdungen wurden gegen ihn vorgebracht. Er hat deshalb gegen die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die sich dabei besonders hervorgetan haben, Klage angehängt. Auch die Berliner Kommandantur sah sich veranlaßt, die Verleumdungen zurückzuweisen. Unter der Hege lag aber Eile. Die Franzer hatten sich auf Grund der revolutionären Ergründungen ihren Führer selbst gewählt. Das wollten die militaristischen „Republikaner“ nicht länger dulden. Man arbeitete sogar mit Doppelhebeln gegen ihn. So erhielt er vor einiger Zeit einen Brief, mit Schreibmaschine geschrieben und mit der Unterschrift Dorrenbach versehen. In diesem Brief wurde ihm mitgeteilt, Dorrenbach verfinde sich bei den Reinhardttruppen und wirke dort „geresend“. Das war natürlich eine Fälschung. Herr Splero ist nicht herangezogen. Aber gerade dieser Vorgang zeigt, welche Kräfte am Werke sind, um alles, was die Revolution geschaffen hat, zu untergraben.

Lesing-Theater.

Der rote Hahn.

Gerhart Hauptmanns vieraktige Tragödie „Der rote Hahn“ bildet den Abschluß der Lebensgeschichte der Waisentruppien aus dem „Widerpelz“. Hand der „Widerpelz“ erst nach Jahren bei der Kritik und dem Publikum seine volle Würdigung so war gestern abend im Lesingtheater Gelegenheit, auch das Urteil über den „Roten Hahn“ einer Revision zu unterziehen, nachdem er vor fast zwei Jahrzehnten im Deutschen Theater trotz glänzender Darstellung glatt durchgefallen war.

Ueber einen Sühnenerfolg hinaus brachte es aber auch die gestrige Aufführung unter Barnowskys Spielleitung nicht. Vielmehr hätte eine in allen Rollen ausreichende Besetzung dem Stück zu noch größerer Wirkung verholfen, obwohl es nicht zu Hauptmanns härtesten Werken aus seiner naturalistischen Periode gehört. Seit den „Widern“ und „Hudmann Henschel“ führte der Dichter des „Widerpelz“ die Linie aufwärts zur „Rose Bernd“ und den „Matten“ — um nur zu nennen, was am härtesten von seinem Volkstum durchblutet ist. Aber auch im „Roten Hahn“, der — anders als der auch technisch meisterhafte „Widerpelz“ — dramatisch manche tote Stelle hat, im dritten Akt jedoch den unergleichlich padenden Griff Hauptmanns zeigt, ist seine innige Verwandschaft mit den Menschen seiner Erde und seiner Schöpfung zu spüren. Mutter Wollfen, jetzt in zweiter Ehe Frau Fielich, ist alt geworden, aber ihr unermüdlicher Drang, sich rechtschaffen oder auch skrupellos aus dem Dreck herauszuarbeiten, ist geblieben. Mit dieser „Lebensphilosophie“ gelangt sie vom Diebstahl des Knüttelbrotzes, des Widerpelzes und ähnlicher „Aleinigkeiten“ zur Fronarbeit und — nicht. Als an ihr Ende Steigerin über die Dummheit der Welt und doch von der Tragik aller Geschichten aus dem Volk unwiderr.

In ihrem Alter ist sie nicht mehr die vollstättige Person aus den Zeiten des „Widerpelz“ — aber auch Jils Grünig, die sie gestern mit starkem und öhrlichem Können verarbeitete, hat nicht die überströmend herzliche Natur, die wir an Gise Lehmann gerade in dieser Rolle liebend bewundern. Von der übrigen Darstellung kamen nur die Herren Göb, Adalbert und Valentin über das Mittelmaß hinaus. Eine sichere pathologische Studie bot Herr Morga. Der Dr. Voger spielte Herr Lind mit der nötigen Wärme.

Eine Nebenbemerkung: In dieser Figur des Dr. Voger ehrte Gerhart Hauptmann das Andenken eines ihm Lehnreunden jählichen Krates, der wegen seiner radikalen Gesinnung unter dem Sozialistengesetz noch mehrfachen Hausdurchsuchungen ausgesetzt wurde. Das war damals unter dem antisozialdemokratischen Ausnahmegesetz; heute, unter dem Standrecht, einer schernlogischen Regierung wäre er wahrscheinlich erschossen worden. . . .

Preussische Landesversammlung.

2. Sitzung, Sonnabend, den 15. März.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. Von der Rechten ist ein Antrag auf Aufhebung der Zwangswirtschaft und Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft eingebracht.

Das Haus tritt ein in die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur vorläufigen

Ordnung der Staatsgewalt

in Preußen.

Abg. Dr. Dergt (Dnl.): Man könne den neulichen Ausführungen des Ministerpräsidenten nachträglich, daß sie durchaus maßvoll gehalten gewesen wären und auf keiner Seite verlegend gewirkt hätten. Seine politischen Freunde haben diesen Eindruck nicht gehabt. (Sehr richtig und Zustimmung rechts.) Wenn der Ministerpräsident von dem alten Preußen, das er dem neuen kommenden Preußen gegenüberstelle, nichts weiß, so sagen wir, als daß es ein Hort der Reaktion, des Junkertums und der Klassenherrschaft wäre. (Sehr richtig bei den Soz.) So ist das eine äußerst bestrebende und einseitige Auffassung, die das Wesen des alten preussischen Staates völlig verkümmert. Die Rede klingt doch etwas nach einer Parteidrede des alten Stils. (Sehr richtig rechts.) Wir gehen bei diesem weltgeschichtlichen Moment wissen mögen. Wir hätten erwarten können, daß neben den Mängeln des alten Preußen, die wir gewiß nicht verkennen (ironische Ironie bei den Soz.: Jetzt!) auch seine guten Seiten erwähnt worden wären. Auch das hätte gesagt werden sollen, und es hätte hingewiesen werden sollen, daß wir das Vergangene begeben und vergessen sein lassen wollen. Der Herr Ministerpräsident hat seiner Regierung nachgerühmt, sie habe alles getan, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Ohne die lokale Haltung des Bürgertums und der Beamten würden wir alle schon längst in Feuer und Flammen untergegangen sein. (Beifall bei der Rechten.) Vor allen Dingen vermischen wir in den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten die Hervorhebung neuer produktiver Gedanken zum Wiedererwerb unseres Vaterlandes. (Sehr richtig rechts.) Wenn die Regierung, wie der Herr Ministerpräsident behauptet, wirklich nur aus Pflichtgefühl sich der schweren Aufgabe der Regierung unterzogen hat, so hat sie diese Auffassung so zu verstehen und zu verbergen gewußt, daß davon nichts zu hören gewesen ist. (Sehr richtig und Zustimmung rechts.) Seit dem 9. November werden die Staatsgeschäfte Preußens wahrgenommen von einer Regierung, die die gesetzliche Grundlage fehlt und es hat wahrlich lange genug gedauert, bis die verfassunggebende Nationalversammlung einberufen worden ist. Herr Dergt sagt dann über die Errichtung des Kommunalwohlfahrts- und des Arbeitsministeriums. Mit dem Erlaß der vorliegenden Verfassung werden wir uns abfinden müssen. Wir haben es für falsch, wenn von „preussischer Republik“ gesprochen wird. Wir bitten daher, statt dessen überall zu stehen „Preußen“. Wir werden mit dem Erlaß der Verfassung vom alten Preußen unwiderruflich Abschied nehmen müssen. Da wäre es unverständlich, wenn wir nicht die Gelegenheit benutzen wollten, um aus unserer inneren Überzeugung heraus dem monarchischen Gefühl Ausdruck zu verleihen. Wir wissen sehr wohl, daß bei der gegenwärtigen Konstellation die Einführung der Republik auch in Preußen beschaffen und befestigt ist. Nachdem der Kaiser und alle Landesfürsten den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen und die Regierung niedergelegt haben (Zuruf bei den Soz.: Weit sie mußten), haben wir uns damit abgefunden, unter einer republikanischen Staatsform zu leben. (Zuruf: Weil ihr müßt!) über den monarchischen Gedanken kann uns niemand abspenstig machen. (Beifall rechts.) In dieser Dankbarkeit bedenken wir dessen, was das Hohenzollernhaus für Preußen getan hat — wie seine Vertreter Vorbilder preussischer Bildung, preussischer Sportart und Einlichkeit gewesen sind (Geschichte und Zurufe bei den Soz.), wie unter ihrer Leitung ein Mittelmeer und unbekanntes Brauentum herangeführt worden ist, um den die Welt umweidelt hat (Rechtler Zuruf rechts), wie unter ihrer Herrschaft der Preußenstaat ein Mutter von Ordnung und Autorität gewesen ist. (Zuruf bei den Soz.: Junfermann!) Deshalb wollen und können wir von dem Gedanken nicht lassen, daß für unser Volk die Monarchie die sicherste Staatsform ist. (Beifall rechts.) Herr liegt und der Gedanke an Gegenrevolution (Muff: Hat Kol bei den Soz.), denn wir sind nicht gewissenlos genug, das Land in einen Bürgerkrieg zu führen. Wir warten geduldig ab, bis die Zeit gekommen sein wird, in der kraft des gesunden Sinnes des deutschen Volkes (Zuruf bei den Soz.: Dohdort!) die Mächte der monarchischen Staatsform gestürzt werden wird. (Beifall bei den Soz.: Riemann!) — Abg. Adolf Hoffmann: Wilhelm, lebe zurück! Weiter beantragen wir, die vollständige Gewalt einem Staatspräsidenten zu übertragen.

Ministerpräsident Girs: Es ist unmöglich, die Umwälzung seit dem 9. November zu erklären, wenn man nicht an das erinnert, was sich vor dem 9. November abgespielt hat. An der Umwälzung trägt nicht die Sozialdemokratie Schuld, sondern die Parteien, die sich jeder Reform widersetzt haben. (Sehr wahr bei den Soz.) Eine Klassenherrschaft haben wir nicht jetzt die hatten wir früher. Diese Klassenherrschaft ist zusammengebrochen und die heutige Regierung will nicht, daß die frühere Klassenherrschaft durch eine neue Klassenherrschaft, durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werde. Wir stehen fest auf dem Boden der Demokratie. Die jetzige Regierung ist gebildet kraft des Rechtes der Revolution und die erste Möglichkeit an die Stelle der jetzigen eine Regierung zu setzen, die sich ihnen laut auf den Willen einer geordneten Verletzung des preussischen Volkes, ergeissen wir, um unsere Mandate zur Verfügung zu stellen.

Ein Staatspräsident für Preußen ist nicht notwendig. Er könnte aufgelöst werden als ein Erbe der Monarchie. (Zuruf: Schlaghalter!) Die anderen Bundesstaaten haben auch keinen Staatspräsidenten. Es würde keinen guten Eindruck machen, wenn es außer dem Reichspräsidenten noch zwei Dutzend andere Präsidenten geben würde. Für die Uebernahmzeit empfiehlt es sich, dem Präsidenten dieses Hauses das Recht zu geben, die Regierung zu befehlen. Er steht über den Parteien. (Beifall.)

Abg. Hellmann (Soz.) polemisiert gegen Herrn Dergt. Die Monarchie in Preußen und Deutschland ist so gründlich tot, daß es mir wie eine Gräueltat vorkommt, wenn ich Herrn Dergt das Vorkommen des alten Reiches hier vorhalten möchte. (Lachen rechts. Beifall d. Soz.) Bewußt jede Regierung hat ihre Vorgänger, und das alte Preußen hat gerade für die Deerten vor recht sehr große Vorzüge gehabt. Man wußte ja eigentlich nie, was in Preußen soll, der Königsfamilie oder der Junkerwelt, niemals aber der Volksmasse. Man wußte nie in Preußen, was für ein Staat das Staatsinteresse ist, ein notwendiger Handlanger oder bei der notwendigen inneren Kolonisation oder das Junkerinteresse, das dem König bekenntlos Krah hat. (Lachen rechts. Beifall d. Soz.) Wir verstehen über wütenden Erregungen an die Zeit ihrer Kleinherrenschaft (Lachen rechts und Zurufe: Rückwärts! Rückwärts!) zurück. Am 9. November kam die Staatsgewalt in die Hände der Arbeiterklasse. Es hätte die nicht die geringste Mühe gekostet, die Macht zu behalten. Aber schon am 10. und 11. November, als wir sich noch nicht von ihnen

Scheid erhalten hatten, erklärte die sozialdemokratische Partei, daß sie keine Diktatur haben wolle und daß sobald als möglich das ganze Volk entscheiden solle. Wir hatten an der vollen Demokratie fest. Demokratie und Republik sind für Preußen-Deutschland unwiderrufliche Tatsachen. Der erste Schritt zum Zusammenarbeiten mit der Rechten wühlte die Tatsache sein, daß sie ihren Widerspruch gegen die Republik bedingungslos aufgibt.

Abg. Dr. Am Reinhold (Dnl.): In einigen Punkten erscheint und Ausschluß durch die Regierung notwendig. Wenn der Präsident der Landesversammlung die Regierung beruft, hat er dann den Vorbehalt des Kollegiums zu erörtern, oder bestimmt das Kollegium diesen unter sich? Die Vorlage äußert sich zwar darüber, wie die Leute auf die Ministerstufen kommen, aber nicht darüber, wie sie davon wieder herunterkommen. Wie wird das „Rückstrahlen“ konstatiert? Das muß doch in dem Gesetz gesagt werden. Wenn ein Minister seine Demission gibt, ist damit die Sache auch erledigt, oder muß die Demission auch angenommen werden?

Abg. Heilmann (Dem.): Es muß klipp und klar auch schon in der Verfassung zum Ausdruck kommen, daß mit dem Augenblick, da das preussische Volk diese Verfassung hat erheben lassen, auch das volle Gesetzgebungsrecht auf sie übergegangen ist. Von diesem Gesichtspunkte aus halten wir es nicht für richtig, daß man dazu übergegangen ist, das Komunalwahlrecht auf dem Wege der Verordnung zu regeln. Wann und wie das Komunalwahlrecht zu regeln sei, das dürfte nicht der Entscheidung eines Parteikollegiums von fünf bis sechs Leuten überlassen sein, sondern darüber mußte das Volk gebildet werden. Wenn im übrigen das preussische Volk mehr als 50 Jahre lang den geltenden Zustand ertragen hat, dann wäre es auf acht Tage mehr oder weniger auch nicht angekommen. (Sehr richtig!)

Abg. Rosenfeld (H. Soz.):

Die Verfassung eines Landes ist nach Verfassung die Wiederherstellung der bestehenden Verhältnisse. Der Entwurf läßt aber die jetzigen Machtverhältnisse nicht erkennen, er kennt nicht einmal die Arbeiter- und Soldatenräte. Das beweist, wie wenig die preussische Regierung die treibenden Kräfte der proletarischen Revolution kennt. Wir stellen uns auf diesen

Boden des Räte-Systems,

wir erstreben die Diktatur des Proletariats, das Vertreter der großen Volksmasse, als Vorbereitung für die Bewirkung des Sozialismus und der Demokratie. Das Räte-System wird sehr durchsetzen, auch wenn es in der Verfassung gar nicht erwähnt ist. Es entspricht den wirtschaftlichen Verhältnissen, unter denen das Proletariat lebt und ist nicht durch irgendwelche künstlichen Einflüsse entstanden. Aus den Händen der A. u. S.-Klasse hat die jetzige preussische Regierung, wie die Reichsregierung, ihr Mandat erhalten. Wenn Sie glauben, jetzt durch die Nationalversammlung die Räte beenden zu können, so verkenne Sie die wirtschaftliche Macht der Räte, als der Träger der Revolution, die unabhängigen Sozialdemokraten sind die Träger der Revolution, die unabhängigen Sozialdemokraten sind die Träger der Revolution, die unabhängigen Sozialdemokraten sind die Träger der Revolution. In die Stelle der sozialistischen Republik haben Sie die demokratisch-kapitalistische Republik gesetzt. Am 9. November lag alle Macht bei der Arbeiterklasse. Das hat auch Herr Heilmann bezeugt. Er hat ferner gesagt, daß seine Freunde nicht die Kleinherren der Arbeiter wollten. Also haben die Rechtssozialisten die Arbeiterklasse verraten. Hüten Sie sich, das Proletariat heranzuführen. Es ist mit der alten Regierung fertig geworden und wird auch mit dem neuen Regime fertig werden. Die letzten Wahlen beweisen, daß die Arbeiterklasse in hellen Scharen von Jäten abfällt und zu uns kommt. Die nächsten Wahlen werden das noch mehr bestätigen. Die Arbeiterklasse wird auf die Räte nicht mehr verzichten, und wenn es Arbeiter gegeben hat, die geglaubt haben, nach der segensreichen Revolution die Arbeiterklasse einberufen zu können, so hat das Theater in Weimar sie sehr schnell eines besseren belehrt. Weimar hat in früheren Zeiten die Welt kulturell unendlich bereichert. Aber für den Aufstieg der Arbeiterklasse kann aus Weimar nichts mehr Gutes kommen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein. Es könnte wie eine Herabminderung des Wertes des Räte-Systems angesehen, wenn wir von der Landesversammlung fordern, daß sie das Räte-System in der Verfassung verankern soll. Trotzdem wollen wir wenigstens unsere augenblicklichen Mindestforderungen berechnen, deshalb fordern wir für die Räte das Recht der Mitwirkung in Gesetzgebung und Verwaltung. Die Reichsregierung hat ja die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich (schlecht) anerkannt. Das ist ein Erfolg des gegenwärtigen Generalstreiks. Wir wollen, daß ein Gesetz erst dann als zustandekommen angesehen ist, wenn übereinstimmende Beschlüsse der Landesversammlung und der Räte vorliegen. Kommt eine Uebereinstimmung nicht zustande, so soll eine Volksabstimmung entscheiden.

Charakteristisch für die sogenannte sozialdemokratische Regierung ist, daß die Möglichkeit einer

Volksabstimmung

in der Verfassung überhaupt nicht vorgesehen ist. Haben Sie denn den Grundgedanken der direkten Gesetzgebung durch das Volk, wie er im Erfurter Programm festgelegt ist, ganz ausgegessen? (Abg. Heilmann: Durchaus nicht!) Dann werden Sie so höfentlich für unsern Antrag eintreten. So bleibt die Demokratie, die Sie immer im Munde führen, wenn in Ihrer Verfassung für die Volksabstimmung kein Platz ist. (Zuruf: Sehr wahr!) Wir wollen neben dem Hause der preussischen Landesversammlung ein Haus der Arbeiterräte, (d. Nordhoff: Herrenhaus!) kein, ein Arbeiterhaus! Sie können sich ja dabei der schönen nicht mehr wiederkehrenden Zeiten Ihres Herrenhauses erinnern. Zu begrüßen ist, daß in der Verfassung ausdrücklich von der preussischen Republik die Rede ist. Die Regierung hat also aus den Anträgen meiner Freunde in Weimar etwas gelernt. Das offene Bekenntnis zur Republik ist bitter notwendig, auch gegenüber dem Ausland, das an die deutsche Revolution nicht glauben will. Wir beantragen daher, daß in der Verfassung bestimmt wird: Die Mitglieder des Hauses Hohenzollern sind für alle Zeiten abgesetzt. Die Worte des Kaisers: Die Sozialdemokratie ist eine Rote von Weindorn, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, und die Aufforderung zum Schießen auf Vater und Mutter, wie die Arbeiterklasse Wilhelm II. nie bezweifelt (Zuruf rechts: Rostke!) Auch Rostke wird das von den Arbeitern nicht vergesen werden. (Sehr wahr! bei den H. Soz.)

Einem Staatspräsidenten sehen wir ab,

schon um seinen Wahlspruch für einen spateen realistischen Nachhader zu schaffen. Beynüber Herrn Dergt, der bemängelt hat, daß die Regierung so viele Verordnungen erlassen hat, bedauere ich, daß die Regierung nicht mehr Verordnungen hat ergehen lassen. Sie ist ja so mächtig in der Befreiung vollkommener Entscheidungen. Fortschritt ist: Die alten Magistrate und Gemeindevorstände, die sonderbar ihre Ämter ausüben. Der Rechten begreift der weiteren eine Reihe von Veränderungen an. Es soll nur die verfassunggebende Versammlung alle Rechte haben, sich zu versagen. Die Landesversammlung muß das Recht haben, Untersuchungsorgane auszuwählen. Die Amnestie der Revolutionen wird

weiter werden. Die alten Bestimmungen der Reichsverfassung haben früher die Abgeordneten hinreichend geschützt. Sie haben sich aber im Kriegs- und bürgerkriegsweise sehr unter der Herrschaft einer sozialistischen Regierung als unzureichend erwiesen. Der Abg. Könen ist unter Befreiung seiner Immunität verhaftet worden. Bei dem Abg. Dr. Cohn hat gestern eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Er selbst war im Weimar. In der Wohnung war zufällig niemand. Da haben die 10 Soldaten und 8 Kriminalbeamten die Tür gewaltsam geöffnet und in der Wohnung die Schränke erbrochen, sogar den der Hausangestellten. So verfährt man heute mit Abgeordneten!

Wir beantragen endlich, in den Entwurf einen neuen § 3 des Inhalts:

„Die Familiengüter des Hauses Hohenzollern sind Eigentum der preussischen Republik“ einzufügen. Wenn die preussische Republik wirklich eine sozialistische Republik sein will, darf und wird sie vor diesen Familiengütern nicht halt machen. Diese Güter sind bereits beschlagnahmt worden; wir wünschen, daß jetzt ein Schritt weiter gegangen wird. Was die Hohenzollern besitzen, haben sie nicht ihrer persönlichen Tätigkeit, sondern ihrer historischen Tätigkeit zu verdanken, und mit dem Wegfall derselben hat alles, was sie dem preussischen Volke verdanken, an die preussische Republik zurückzufallen. Diese Güter werden ein Präzedenzfall für die Demokratie sein, auch für die Sozialdemokratie in diesem Hause. In Deutsch-Oesterreich sind dieselben Forderungen gestellt worden.

In einem bürgerlich-kapitalistischen Staate gibt es keine wahrhafte Demokratie,

darum wollen wir zunächst den Kapitalismus brechen und die Sozialisierung durchführen. Freilich in den Ausführungen des Vertreters der Rechtssozialisten war von Sozialismus keine Spur zu finden. Er hielt eine Rede, wie sie jeder Demokrat halten könnte. Es war nirgends zu erkennen, daß er einer Partei angehört, die sich sozialdemokratisch nennt. Wir wollen ernst machen mit unserer Forderung des Sozialismus und schon die vorläufige Verfassung so zu gestalten suchen, daß die Rechte der Arbeiterklasse nicht zu kurz kommen und der Einführung des Sozialismus nicht im Wege steht. Es lebe der Sozialismus! (Beifall bei der Rechten und Handklatschen bei den Unabh. Sozialdem.)

Abg. Dr. v. Richter (D. Sp.): Mit Recht wird dem Ministerpräsidenten vorgeworfen, daß er eine sozialdemokratische Parteidrede bei einer Gelegenheit gehalten hat, wo sich ihm unbedeutet seiner politischen Stellung gerade die großen Gesichtspunkte hätten aufbringen müssen. Die Volksvertretung durfte nicht in den wichtigsten Fragen ausgeschaltet werden. Es ist geradezu ein Schand in das Gesicht der Volksvertretung, wenn kurz vor den Wahlen, wenn sogar noch nach den Wahlen, wenn schließlich sogar direkt vor dem Zusammentritt der Landesversammlung noch einschneidende Verordnungen mit Gesetzeskraft als Rechtsverordnungen erlassen wurden.

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage geht an eine Kommission von 17 Mitgliedern.

Präsident Leinert schlägt vor, diese Kommission am Montag tagen zu lassen und die nächste Sitzung am Dienstag, 2 Uhr, abzuhalten mit der Tagesordnung: Antrag von Krieh (Dnl.) betr. Verhaftung von Mitgliedern der Landesversammlung in Polen und Reich der Tagesordnung.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Adolf Hoffmann (H. Soz.): Ich bitte, die Kommission am Dienstag um 11 Uhr und am Montag, 11 Uhr, an erster Stelle meinen Antrag betreffend Aufhebung des Standrechts, zu beraten. Die Erklärungen im Wege des Standrechts eintreten sich nicht nur auf Spezialisten und Unabhängige, sondern es werden auch schon Bürger erschossen.

Bei der Abstimmung erheben sich zunächst nur die H. Soz. und ein Teil der Sozialdemokraten für den Antrag Ad. Hoffmann, Abg. Hoffmann ruft den Soz. zu:

Menschenleben müssen auch doch höher stehen als die Verfassung! Zunächst erhebt sich auch noch der Rest der Sozialdemokraten, so daß der Präsident den Antrag Hoffmann für angenommen erklärt.

Nächste Sitzung: Montag, 12 Uhr; Antrag Hoffmann (H. Soz.) und Antrag v. Krieh (Dnl.)

Schluß: 7 Uhr.

Groß-Berlin.

Die fortdauernden Absperrungen

erklären und noch heute die Zustellung der Zeitung ganz ungemün. Bald wird hier, bald wird an anderer Stelle ein Stadtbezirk urplötzlich besetzt und mit Stacheldraht umzogen. Inhabente, Radfahrer und Zeitungsbewerber sind in jedem Falle nicht immer in der Lage, die Beförderung der „Freiheit“ in der gewünschten Weise vorzunehmen. Wir bitten unsere Leser, auf diese Verhältnisse weiter Rücksicht zu nehmen. Der Verlag.

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Der Hauptausschuß der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin hat beschlossen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß mit möglicher Beschleunigung die reichsrechtliche Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit zur Einführung gelangt.

Zur Begründung wird in der Eingabe folgendes geltend gemacht:

Die Erwerbslosenfürsorge, wie sie z. B. besteht, ist ein Kollektiv. Es ist belastet mit allen Mängeln und Fehlern, welche naturgemäß einer solchen provisorischen Einrichtung anhaften müssen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Deutschland und der Ausblick in die Zukunft lassen die Annahme nicht zu, daß die Fürsorge für die Erwerbslosen in absehbarer Zeit zum völligen Abbau gelangen kann. Ein plötzliches Ausfallen der Erwerbslosenfürsorge würde verhängnisvolle wirtschaftliche und innerpolitische Folgen nach sich ziehen. Es müssen daher rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden, um das Provisorium in ein Definitivum überzuführen.

Als definitive Einrichtung kann nur die Einführung der Reichs-Erwerbslosenversicherung in Betracht kommen, wie sie bereits lange Jahre vor dem Kriege als Lösung des Problems unserer sozialpolitischen Gesetzgebung von namhaften Sozialpolitikern und der organisierten Arbeiterklasse gefordert wurde. Die Arbeitslosenversicherung muß aufgebaut werden auf dem Grundgedanken der Versicherung und Gegenleistung im Gegenseitigen zu der gegenwärtigen Erwerbslosenfürsorge, welche lediglich eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln darstellt. Von jeder hat die deutsche Arbeiterklasse eine tiefe Abneigung gegen solche Unternehmungen bezeugt und ist bestrebt, sich zu wehren, daß sie für

